

FRANK ECKARDT

Angekommen in Lobeda

Die Normalisierung des Plattenbaus

Wie kaum eine andere städtische Siedlung in Thüringen hat Neu Lobeda das Bild der ostdeutschen Plattenbausiedlung geprägt. Wer sich einmal, von Westen kommend, nach einem Besuch im beschaulichen Weimar einen Ausflug in das benachbarte Jena gönnte, musste an dieser Hochhaussiedlung vorbei. Fuhr man auf der Autobahn von Süden in Richtung Jena-Innenstadt, schien einem die DDR zum Greifen nahe: Beeindruckend, massiv, bedrohlich, depressiv – so wirkte der Ort auf jemanden, der keine persönlichen Erfahrungen mit ihm verband. Die Thematisierung der »Platte« und die städtebaulichen Konsequenzen lassen sich auf diese externe Sicht zurückführen, von der so mancher Bewohner überrascht war.

Der Diskurs heute arbeitet sich nicht mehr an dieser negativen Stereotype ab, der teilweise stigmatisierend nachwirkt, aber im Wesentlichen durch die bundesdeutsche Städtebauprogrammatik und den damit verbundenen Ritualen des Projektmanagements einen Lebensort normalisiert hat. Diese Normalisierung hat sich in der Betrachtung auch des externen Betrachters etabliert, sie ist vor allem als Ergebnis einer intensiven Einordnung des Sozialen in die institutionelle Logik lokaler Politik und Sozialpolitik zu erkennen. »Lobeda« ist heute Teil eines Diskurses über sozial verträgliches Wohnen in einer selbst deklarierten Boom-Stadt, in der Leerstand und Schrumpfung so exotisch erscheinen wie vielleicht nirgendwo sonst in Ostdeutschland.

Die Geschichte dieser Siedlung ist kurz erzählt: Begonnen wurden die Arbeiten erst im November 1964 und bis drei Jahre vor der Wende fortgesetzt. Zunächst nur gedacht für die Beschäftigten des Carl-Zeiss-Kombinates, entwickelte sich diese Siedlung nach und nach als bevorzugter Ort für modernes Wohnen in Jena insgesamt. Geplant war, dass fast jeder zweite Einwohner – 40 000 Menschen – dort sein Zuhause finden sollte. »Lobeda« wurde so einerseits zu einem fragten und begehrten Wohnort, zum anderen signalisierte der permanente Weiterbau und die konkrete Umsetzung eines planerischen Vorhabens die Leistungsfähigkeit des politischen Systems. Lobeda ermöglichte ein relativ sorgenfreies Leben

sieben Kilometer vor den Toren der Alt-Stadt. Der kleine Luxus, der hier geboten wurde, war für viele junge Familien, denen der Vorzug bei der Belegung gegeben wurde, sehr attraktiv. Fernheizungsrohre, die durch die Stadt über Erde verlegt wurden, weisen nach wie vor den Weg in das kleine Privatparadies. Sauber, ordentlich, warm – der Plattenbau lehrte auch eine gewisse Bescheidenheit und (Selbst-)Zufriedenheit, die erst brüchig wurden, als die Ansprüche wuchsen, die Optionen sich erweiterten und teilweise der externe Blick auf die »Platte« übernommen wurde. Es folgt die rapide Entleerung, der Abzug der aktiven, mobilen und einkommensstarken Bewohner. Heute leben hier nur noch 23 000 Menschen, aber Lobeda bleibt damit der größte Stadtteil Jenas.

Als im Jahr 2007 das vierzigjährige Bestehen der Siedlung gefeiert wurde, waren die Umbauten und Veränderungen nach der Wende im Großen und Ganzen schon abgeschlossen. Der Stadtteil ist heute nicht mehr nur ein Wohnidyll fern der großstädtischen Welt der Arbeit. Gewerbeansiedlungen lassen den Ort städtebaulich integrierter in die Gesamtstadt erscheinen. Dazu trägt insbesondere der Bau des Universitätsklinikums im Ostteil von Lobeda bei. Dieses Vorhaben wurde schon in der DDR geplant, musste aber 1980 wegen fehlender Ressourcen gestoppt und konnte erst nach 1990 wieder aufgefingert werden. Auffallend sind auch die verbesserte Umfeldgestaltung und die geminderte Sichtbarkeit und Lärmbelastung durch die Autobahn A 4.

Im Gesamtergebnis, sichtbar und überzeugend für die meisten Bewohner und Besucher, ist der Ort attraktiver geworden, und ist das Konzept der Qualifizierung anstelle wüster Kahlschlagfantasien aufgegangen. Erreicht wurde dies, indem einer schnellen und radikalen Lösung des »Problems« kein Raum gegeben wurde. Stattdessen nahm man sich die Zeit für intensive und umfangreiche Studien, Planungen und Diskussionen. Erst fünf Jahre später einigte man sich auf die Festlegung eines prinzipiellen Vorgehens und legte Leitziele mit konkreten Maßnahmen fest. Ursprünglich nur auf fünf Jahre angelegt, hat man in den Jahren 2000 bis 2002 an dem Leitbild für Lobeda weitergearbeitet und sich für eine ver-

stärkte Einbeziehung der (noch verbliebenen) Bewohner entschieden. Zwischen 2000 und 2002 erfolgte die Fortschreibung unter Beteiligung der Bewohner. Hierbei haben sich die lokalen Politiker wie auch die Landesregierung verstärkt der Programmatik des Stadtumbaus Ost geöffnet und die Kombination von fortgesetzter Umgestaltung zugleich mit dem Abriss der am wenigsten attraktiven Gebäude beschlossen. Kerngedanke aber blieb, Lobeda ist erhaltenswert, und es soll einen Kern im Wohnungsbestand geben, der durch direkte Attraktivitätssteigerung und Verbesserungen im Stadtteil unterstützt wird.

Bewohner formulierten hierzu in einer mehrtägigen Planungswerkstatt konkrete Anliegen, die auch in den Rahmenplan aufgenommen werden konnten. Diese Art direkter Mitsprache der von Entscheidungen der Planung Betroffenen hat es zu DDR-Zeiten nicht gegeben, was sich bis heute in einer nur zaghaften Beteiligung der Bewohner auswirkt. Um die politische Autonomie Lobedas zu stärken und eine direkte Kommunikation mit den Bürgern und den Entscheidungsträgern zu ermöglichen, wurden 1998 die beiden Wohngebiete West und Ost zur Ortschaft Neu Lobeda administrativ zusammengefasst. Die Einwohner wählten im gleichen Jahr zum ersten Mal einen eigenen Ortschaftsrat und einen Bürgermeister. Die Reform der formalen Repräsentation mag zwar eine wichtige Voraussetzung dafür sein, dass der Ort ein größeres politisches Gewicht in der gesamtstädtischen Verwaltung und Wahrnehmung erhält, sie garantiert aber nicht automatisch die gesellschaftliche Grundlage dieser politischen Neuorientierung nach vier Jahrzehnten der Entmündigung. Der aktive Bürger, den eine demokratische Repräsentanz benötigt, kann nur sich herausbilden und agieren in einer politischen Kultur, in der die eigenen Auffassungen in der lokalen Praxis getestet und honoriert werden können.

Doch das fällt nach wie vor schwer. Mit der Inkorporation in die bundesdeutsche Institutionslandschaft mit ihren Programmatiken werden zwar einerseits viele Gelegenheiten geboten, zum anderen aber setzen sie ein Verständnis von Bürgerschaft voraus, das bereits ein irgendwie sich artikulierendes und vorhandenes Eigeninteresse enthält. Letzteres entwickelt sich aber erst langsam. Mit dem Bund-Länder-Programm der »Sozialen Stadt« wurde beharrlich und intensiv in den letzten zehn Jahren in diese Richtung gearbeitet.

Das etablierte Stadtteilbüro kann dafür als ein sichtbarer Ausweis gelten. An dessen Aktivitäten lässt sich das Entstehen der Beteiligungskultur nachvollziehen. Ging es anfangs



Fotos: Autor



darum, durch die Maßnahmen der »Sozialen Stadt« lediglich sicherzustellen, das von der Planungs- und Politik-Elite vertretene Leitbild für Neulobeda vor Ort gesellschaftlich abzusichern, so verschiebt sich die Programmatik immer mehr zu einer aktiven Beteiligung mit Entscheidungsbezug. Grundlage dafür ist die Schaffung einer Partizipationsfähigkeit, in der Meinungsbildung und -äußerung erprobt und gefestigt werden kann. Waren anfangs »Planungscafés« eingerichtet worden, mit denen Planer um Akzeptanz für ihre Pläne bemüht waren, so werden seit dem letzten Jahr mit dem Aktionsfonds kleine Initiativen, Bewohner und Vereine aufgefordert, Vorschläge einzureichen, die das gemeinschaftliche Engagement fördern sollen und dann direkt von einem Beirat des Stadtteilbüros finanziert werden können. 2010 waren das ein Familienfest auf dem Abenteuerspielplatz, der Saisonabschluss auf der Skater-Anlage, das Vollmondfest des Vietnamesischen Vereins und schließlich wurde »Asyl e.V.« bei der Gestaltung einer Wand am Asylbewerberheim mit Graffiti unterstützt.

Zur Normalisierung in Neulobeda gehört nicht nur die Entwicklung eines neuen Verständnisses von Bürgergesellschaft, sondern auch eine Anpassung an das Prinzip des Kompetitiven im Sozialen. War die DDR-Gesellschaft durch den Anspruch (nicht unbedingt Realität) eines »sorgenden Staates« geprägt, in dem es das Recht auf Arbeit, Wohnung, Bildung et cetera für jeden gab, so sind Ressourcen für bestimmte soziale Bedürfnisse im heutigen politischen System bestimmten Wettbewerbsansprüchen unterzogen, denen auch Neulobeda genügen muss. Dementsprechend wurde der Stadtteil in »Stärken vor Ort«, dem gemeinsamen Programm des Europäischen Sozialfonds und des Bundesministe-

riums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend integriert, mit dem nun durch 17 Mikroprojekte die schulische und berufliche Integration von Jugendlichen gefördert werden soll. Mit Projekten wie »Playing Arts«, einer Schreibwerkstatt oder »Ethno-Catering« soll jungen Leuten ein alternativer Einstieg in die Berufskarriere oder zumindest zusätzliche soziale Kompetenzen geboten werden.

Vieles spielt sich dabei im Bereich der Theater- und Spielpädagogik, der Kreativität und Musik ab. Diese Projekte zielen somit auf den Bereich, der wohl am schwierigsten zu verändern ist und durch sozialstaatliche oder planerische Ansätze kaum erreichbar erscheint: die familiäre Situation und die konkrete Lebenslage der Einzelnen. Doch hinter den neugestalteten Fassaden vollzog sich gleichsam ein Wandel, der zum Schreckbild eines sich immer mehr segregierenden und abgehängten Stadtteils gar nicht passt.

Neulobeda hat sich weder zu einer Geisterstadt des Leerstandes noch zu einer No-go-Area der Benachteiligten entwickelt. Vergrößerung der Wohndichte, wie durch den Stadtumbau Ost angestrebt, und verstärkte Einbindung in die Sozialgeografie Jenas bewirken, dass heute der Stadtteil kein stigmatisierter und stigmatisierender Ort, sondern ein reales und attraktives Wohnangebot für junge Familien mit geringerem Einkommen sein kann. Ironisch könnte man anmerken, dass Neulobeda heute endlich die Funktion in Jena einnimmt, die dem Stadtteil ursprünglich zugeacht war.

Doch diese Normalisierung bedeutet auch die Anpassung an eine gesellschaftliche Ordnung, in der die Trennlinien und Gefahren sozialer Exklusion sich neu konfigurieren und in die individuelle Lebensgestaltung verlagern. Die Prekarisierung der Arbeitswelt und die erhöhten Ansprüche an Flexibilität und indivi-

duelle Kompetenz treffen hier Menschen, die entweder zu alt sind, um sich diesen Anforderungen noch stellen zu müssen, oder die noch zu jung sind. Den Jugendlichen fehlen daher zu Hause die Vorbilder, wie sie mit den Ansprüchen und Möglichkeiten der Individualisierung umgehen sollen. Im Jugendzentrum »Klex« bemüht man sich, mit vielfältigen Nachmittagsangeboten Kindern und Jugendlichen Angebote zu machen, damit diese mit möglichen Überforderungen nicht alleingelassen werden. Doch für manche Jugendliche kommt dies zu spät, sie haben nicht die Fähigkeit entwickeln können, solche Angebote für sich zu nutzen. Eine Politik der offenen Tür, die die angesiedelten Schulen einführt, damit Schulhöfe auch nach Schulschluss ein Ort der Begegnung sein können, musste wegen wiederholtem Vandalismus aufgegeben werden. »Bestimmte Gruppen von Jugendlichen erreichen wir zunehmend nicht mehr«, schildert Lutz Batze vom Klex. »Das Problem ist, dass sich diese Jugendlichen in ihre Parallelwelten so weit abkapseln, dass man quasi an ihren Türen rütteln müsste.« Das eingeführte Konzept »Streetwork« passt dazu allerdings nicht, es geht nicht weit, nicht nah genug.

Die andere Seite der Beschädigung öffentlicher Räume ist die Isolation in der privaten Sphäre. Lobeda ist in dieser Hinsicht auch bundesdeutsch sehr normalisiert. Verliehen die Trennlinien einst zwischen einzelnen Stadtteilen, so reproduzieren sie sich jetzt im Inneren: Zwischen Ost-Lobeda, wo es keinen Jugendclub mehr gibt, und West-Lobeda, wo Jugendliche zumindest noch einen Anlaufpunkt haben. Graduell aber zwischen allen Bewohnern, die mehr oder weniger Anschluss finden können an eine soziale Welt der Herausforderungen und möglichen Überforderungen, und jenen, die auf sich selbst zurückgeworfen sind. ◀